



Queerfeindlichkeit sichtbar machen

**Sicherheitsreport zu rechtsextremen
Angriffen auf CSDs**

Herausgeberin

Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstraße 12
10115 Berlin

info@amadeu-antonio-stiftung.de
amadeu-antonio-stiftung.de

Autorinnen Lea Lochau, Ronja Pohl

Interview und Transkription Loui Schlecht

Redaktion Lea Lochau

Gestaltung und Grafiken Wigwam eG i.L, Berlin

Zitationshinweis Amadeu Antonio Stiftung (2025):
Sicherheitsreport zu rechtsextremen Angriffen auf CSDs 2025. Berlin.

© Amadeu Antonio Stiftung, 2025

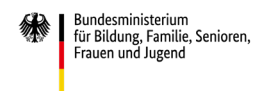
Eine Publikation des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismusprävention der
Amadeu Antonio Stiftung im Kooperationsverbund Rechtsextremismusprävention.

Diese Publikation wurde durch das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert.
Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser
Veröffentlichung die Verantwortung.

Zugleich möchten wir all unseren Spender*innen danken, die die Arbeit der Stiftung
überhaupt erst ermöglichen und mittragen.



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Inhaltsverzeichnis

04 Einleitung

05 Zahlen und Daten aus eigenem Monitoring –
Analyse zu Störungen auf CSDs

07 CSDs schützen heißt Demokratie schützen
Kommentar von Timo Reinfrank,
Vorstand der Amadeu Antonio Stiftung

08 Angriffe auf CSDs 2025

10 Analyse

12 Perspektiven aus der Queeren Community:
Interview mit einer Person, die sich in Thüringen
für queere Menschen einsetzt

15 Umgangsstrategien und Schutzmaßnahmen

17 Hilfsangebote und Unterstützungsstrukturen

Einleitung

Rechtsextremismus stellt aktuell die größte Bedrohung für die Zivilgesellschaft und Demokratie in Deutschland dar. Queere Menschen sind mehr denn je von Hass und Gewalt betroffen. Die Zahlen queerfeindlicher Straftaten haben 2024 ihren Höchststand erreicht. Der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt trägt jährlich Vorfälle zusammen und verzeichnet einen Anstieg um mehr als 40% bei queerfeindlich motivierten Angriffen. Auch die von der Polizei erfassten Zahlen zu politisch motivierter Kriminalität (PMK) zeigen einen deutlichen Anstieg bei Hasskriminalität im Bereich „geschlechtsbezogene Diversität“ von 35% und 18% bei Hass aufgrund der „sexuellen Orientierung“.

Angriffe auf Christopher Street Days (CSDs) sind Teil einer gezielten antifeministischen Strategien von Rechtsextremen und damit auch Angriffe auf die Demokratie und die Zivilgesellschaft. CSDs sind Bündnis- und Lernort für demokratische Werte und Prozesse. Sie vernetzen wichtige unterschiedliche Akteur*innen einer vielfältigen Zivilgesellschaft: Gewerkschaften, Kirche, Vereine und Bündnisse gegen Rechtsextremismus, weit über die queere Community hinaus. Besonders im ländlichen Raum und in Ostdeutschland dienen CSDs als Schutz- und Empowermenträume. Sie tragen zur Sichtbarkeit von Minderheitenrechten bei und stärken gleichzeitig die Zivilgesellschaft. Um diese Bedrohung deutlich zu machen, widmet sich der Sicherheitsreport Zahlen, Fakten, plastischen Fallbeispielen und der Aufzeigung von rechtsextremen Strategien. Der Report bietet eine Lagebeschreibung, erste Handlungsempfehlungen sowie wichtige Quellen und Anlaufstellen.

Im Jahr 2025 finden in Deutschland so viele CSDs statt wie noch nie. Gleichzeitig gab es auch noch nie zuvor so viele rechtsextreme Mobilisierungen dagegen, sowohl in Zahlen als auch in der Drastik. Während Störaktionen bei Pride-Kundgebungen und Queerfeindlichkeit nichts Neues sind, häufen sich organisierte queerfeindliche Angriffe und Gegenmobilisierungen aus dem rechtsextremen Lager. Für das Jahr 2024 dokumentierte die Amadeu Antonio Stiftung 55 Fälle, in denen rechtsextreme Gruppen gezielt CSD-Demos, deren Teilnehmende sowie die Infrastruktur rund um die Veranstaltung gestört, bedroht und angegriffen haben. Um die Bedrohung, Formen und Anschlussfähigkeiten von Queerfeindlichkeit am Beispiel von rechtsextremen Angriffen auf CSDs abzubilden, bietet der Sicherheitsreport eigene Zahlen, Betroffenenperspektiven und weiterführende Informationen zu Handlungs- und Verweisberatung.

Antifeminismus und Queerfeindlichkeit

Antifeminismus ist eine politische Strategie und zentraler Bestandteil rechtsextremer Ideologie und richtet sich gegen Gleichstellung, Abbau von Sexismus und die Selbstbestimmung von Frauen, LGBTQIA+ und Einrichtungen oder Institutionen, die sich für diese einsetzen. Queerfeindlichkeit ist ein zentraler Mobilisierungsfaktor, da Queerness den Gegenentwurf zur rechtsextremen und völkischen Vorstellung von einer biologistischen Geschlechter- und Familienordnung darstellt und ist daher zentraler Bestandteil von Antifeminismus.

Zahlen und Daten aus eigenem Monitoring – Analyse zu Störungen auf CSDs

Die Daten zu den Angriffen auf CSDs wurden von Juli bis September 2025 durch ein Medienmonitoring, ein Social Media Monitoring sowie einer Umfrage unter CSD-Veranstalter*innen erhoben. Die erhobenen Daten wurden durch Analysen von CeMAS aus diesem und letztem Jahr sowie durch democ ergänzt. Da nicht alle Angriffe auf CSDs medial besprochen werden oder den Veranstalter*innen bekannt sind, sind die präsentierten Zahlen als Mindestanzahl zu verstehen und es ist davon auszugehen, dass weitere Angriffe auf CSDs stattgefunden haben.

Monitoring Ergebnisse

Bereits vor dem intensiven Monitoring hat die Amadeu Antonio Stiftung seit April 2025 245 CSDs und rechtsextreme Gegenmobilisierungen sowie Angriffe gegen mindestens 110 dieser CSDs dokumentiert. Bei mindestens 53 der angegriffenen CSDs sind die Angriffe und Störungen auf organisierte Strukturen, wie beispielsweise rechtsextreme Kommunalpolitik oder bekannte rechtsextreme Gruppierungen, zurückzuführen.

Diese 53 strukturierten Angriffe beinhalten 43 rechtsextreme Demonstrationen und/oder Gegenversammlungen. Dabei variiert die Anzahl der zu mobilisierenden Rechtsextremen sehr stark: in mehreren Städten, wie beispielsweise Bingen am Rhein, wurden fünf Teilnehmende gezählt, während in Bautzen und Magdeburg mit 450 bzw. 350 eine deutlich höhere Anzahl an rechtsextremen Gegendemonstrant*innen anwesend waren.

Zu den organisierten Störungen zählen auch Versuche der Einflussnahme durch rechtsextreme

Störungen

CSDs werden auf viele unterschiedliche Arten und Weisen gezielt gestört. Dazu zählen körperliche Angriffe auf CSD-Teilnehmende und -Organisierende, Sachbeschädigungen die im Zusammenhang mit den CSDs stehen: gehisste Pride-Flaggen werden abgerissen, Einschüchterungen, Anfeindungen, Hetze, Versuche von Einflussnahme durch rechtsextreme Kommunalpolitik, Aufrufe zur Gewalt und rechtsextreme Gegendemonstrationen und Veranstaltungen. Störungen umfassen auch digitalen Hass und Hetze und können daher auch online stattfinden. Die Störungen beginnen teilweise bereits, bevor die CSDs stattfinden und werden auch während der Paraden fortgeführt. Auch bei der Abreise oder im Nachhinein der CSDs wurden Störungen dokumentiert.

Kommunalpolitik, die bei fünf CSDs dokumentiert wurden: so versuchten in mehreren Städten Abgeordnete der AfD vergeblich entweder das Hissen der Pride-Flagge oder den gesamten CSD zu verhindern. In weiteren Städten wurde die rechtsextreme Mobilisierung gegen den CSD innerhalb lokaler Strukturen, beispielsweise in Lokalzeitungen, dokumentiert: als Meinungsbeiträge deklarierte Artikel wurden veröffentlicht und heizten so die Stimmung gegen CSDs an.

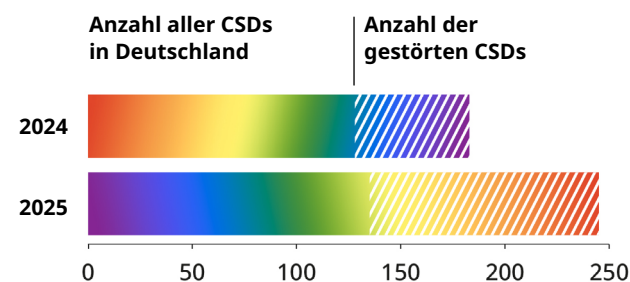
Hinter den strukturierten Angriffen stecken verschiedene Täter*innengruppierungen: Rechtsextreme Mitglieder verschiedener Parteien und den dazugehörigen Jugendorganisationen. Diese mobilisierten in mehreren Städten offen und gezielt gegen CSDs. Außerdem positionieren sich mehrere bekannte rechtsextreme Jugendgruppen, wie die JN, Deutsche Jugend Voran und Division Thüringen sowie verschiedene studentische

Verbindungen und Kameradschaften gegen CSDs und rufen offen zu Gegendemonstrationen auf. Auch mehrere Gruppierungen fundamentaler Christ*innen wurden bei Gegendemonstrationen gesichtet.

Neben strukturiert organisierten Angriffen

Organisierte Gegenmobilisierung 2024/2025

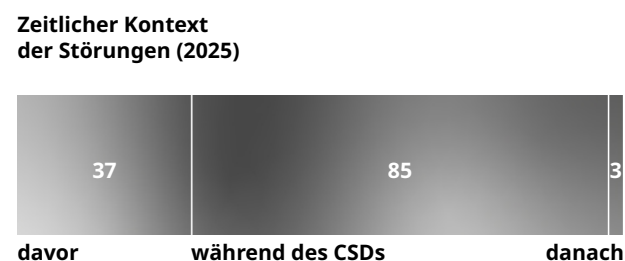
Sowohl 2024 als auch 2025 haben verschiedene rechtsextreme Akteur*innen organisiert und gezielt gegen CSDs mobilisiert. Dazu gehören Akteur*innen aus dem Umfeld verschiedener Parteien (AfD, Der III. Weg, Freie Sachsen) und den dazugehörigen Jugendorganisationen, rechtsextremen Jugendgruppen, Kameradschaften und *christlich-fundamentalistische Akteur*innen*. Die Mobilisierung professionalisiert sich zunehmend und koordinierte Sharepics und Hashtags werden verwendet. Diese Online-Mobilisierung wird durch lokale Einflussnahme durch rechtsextreme Kommunalpolitik und mobilisierende Berichterstattung in lokalen Medien unterstützt. Im Vergleich zum vergangenen Jahr lässt sich eine Narrativverschiebung beobachten: Während in 2024 das Selbstbestimmungsgesetz noch im Fokus der rechtsextremen Mobilisierung stand, fokussieren sich die Narrative in diesem Jahr auf Schlagwörter wie „Familie, Heimat, Nation“.



und Störungen wurden bei 59 CSDs Störungen ohne einen bekannten organisierten Hintergrund dokumentiert. Vier dieser Störungen sind körperliche Angriffe auf CSD-Teilnehmende oder -Organisierende und bei mindestens 41 CSDs wurden Hass, Beleidigungen und/oder Online-Hetze dokumentiert. Weitere Angriffe sind beispielsweise Aufrufe zu Gewalt und Sachbeschädigungen.

Bei 85 der CSDs, bei denen Störungen dokumentiert wurden, fanden diese Störungen während der CSDs statt, 37 CSDs wurden in Form von Einschüchterungsversuchen und Mobilisierung bereits im Vorfeld gestört. Bei drei CSDs wurden außerdem Störungen nach dem CSD dokumentiert.

CSDs und auch Störungen von und Angriffe auf CSDs finden bundesweit statt. Dennoch zeigt sich deutlich, dass prozentual mehr CSDs in ostdeutschen Bundesländern angegriffen und/oder gestört wurden: Im Jahr 2025 fanden etwa 25% der CSDs in ostdeutschen Bundesländern und 75% in westdeutschen Bundesländern (inkl. Berlin) statt. 66% der in Ostdeutschland stattgefundenen CSDs und etwa 38% der CSDs in Westdeutschland wurden angegriffen und/oder gestört.



CSDs schützen heißt Demokratie schützen

Kommentar von Timo Reinfrank, Vorstand der Amadeu Antonio Stiftung

Die Ergebnisse dieses Sicherheitsreports zeigen mit großer Deutlichkeit, wie gezielt rechtsextreme Akteure gegen queere Sichtbarkeit mobilisieren. 2025 fanden bundesweit 245 CSDs statt – mindestens 110 davon wurden gestört oder angegriffen, in über 50 Fällen durch organisierte rechtsextreme Strukturen wie Ortsgruppen rechtsextremer Parteien, Der III. Weg oder Die Heimat. Besonders betroffen war Ostdeutschland, wo rund zwei Drittel aller gemeldeten Störungen registriert wurden und rechtsextreme Mobilisierung vielerorts professionell und koordiniert verlief.

Diese Angriffe sind keine zufälligen Provokationen, sondern Teil einer strategischen Eskalation: Rechtsextreme Gruppen versuchen, öffentliche Räume zurückzuerobern, demokratische Akteur*innen einzuschüchtern und Gleichstellungspolitiken zu delegitimieren. CSDs werden dabei gezielt als Symbole einer offenen Gesellschaft angegriffen.

Zugleich wäre es zu kurz gegriffen, Queerfeindlichkeit ausschließlich dem Rechtsextremismus zuzuschreiben. Trans- und Queerfeindlichkeit sind tief in der Gesellschaft verankert. Diese Haltungen bilden den Resonanzboden, auf dem rechtsextreme Mobilisierung gedeiht. Queerfeindlichkeit wirkt hier als Brückenideologie, die weit über das rechtsextreme Spektrum hinaus Anschluss findet – und genau deshalb so wirksam ist.

CSDs sind nicht nur Feiern queerer Vielfalt, sondern Demokratieorte, an denen Menschenrechte sichtbar werden. Gerade in kleineren Städten und ländlichen Regionen Ostdeutschlands, wo CSDs oft zum ersten Mal stattfinden

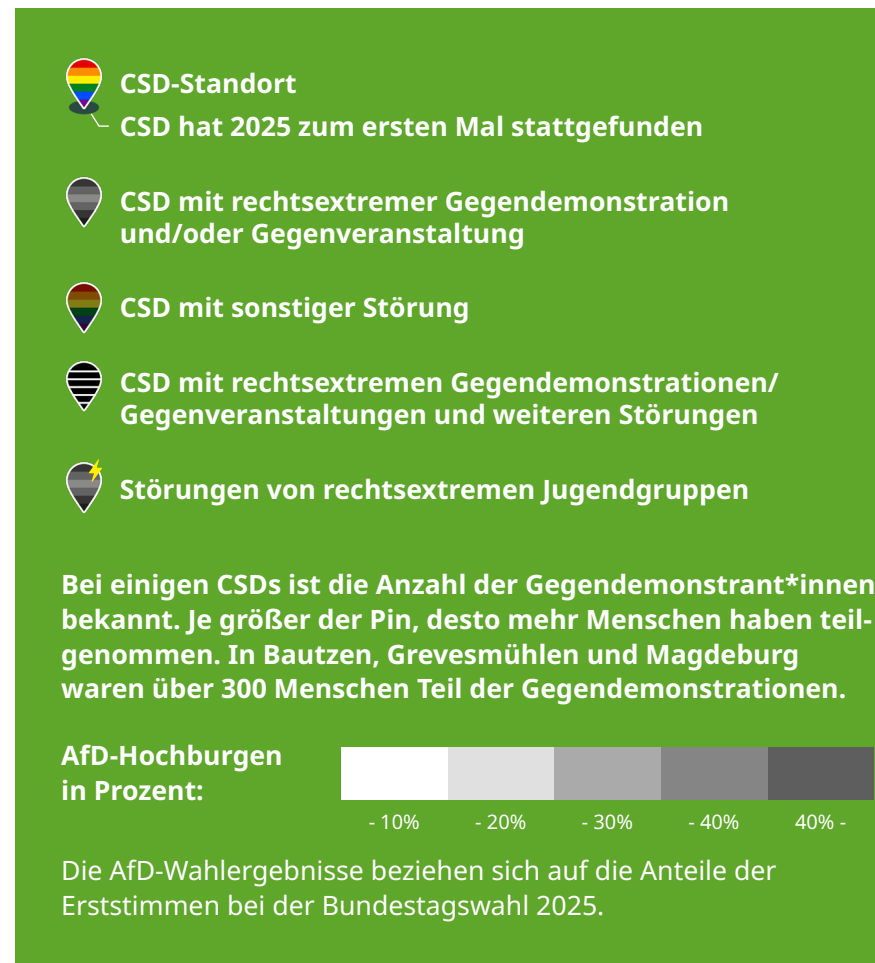


und regelmäßig Anfeindungen erleben, stehen sie für gesellschaftlichen Mut und demokratische Selbstbehauptung. Wenn diese Räume bedroht werden, trifft das die demokratische Öffentlichkeit im Kern.

Staat, Politik und Verwaltung tragen daher eine klare Verantwortung: CSDs müssen konsequent geschützt, Bedrohungen ernst genommen und Unterstützungsstrukturen langfristig gesichert werden. Der Schutz von CSDs ist keine symbolische Geste, sondern ein Gradmesser für die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie. Wo Rechtsextremismus Angst sät, muss der demokratische Staat sichtbar Sicherheit und Vertrauen schaffen.

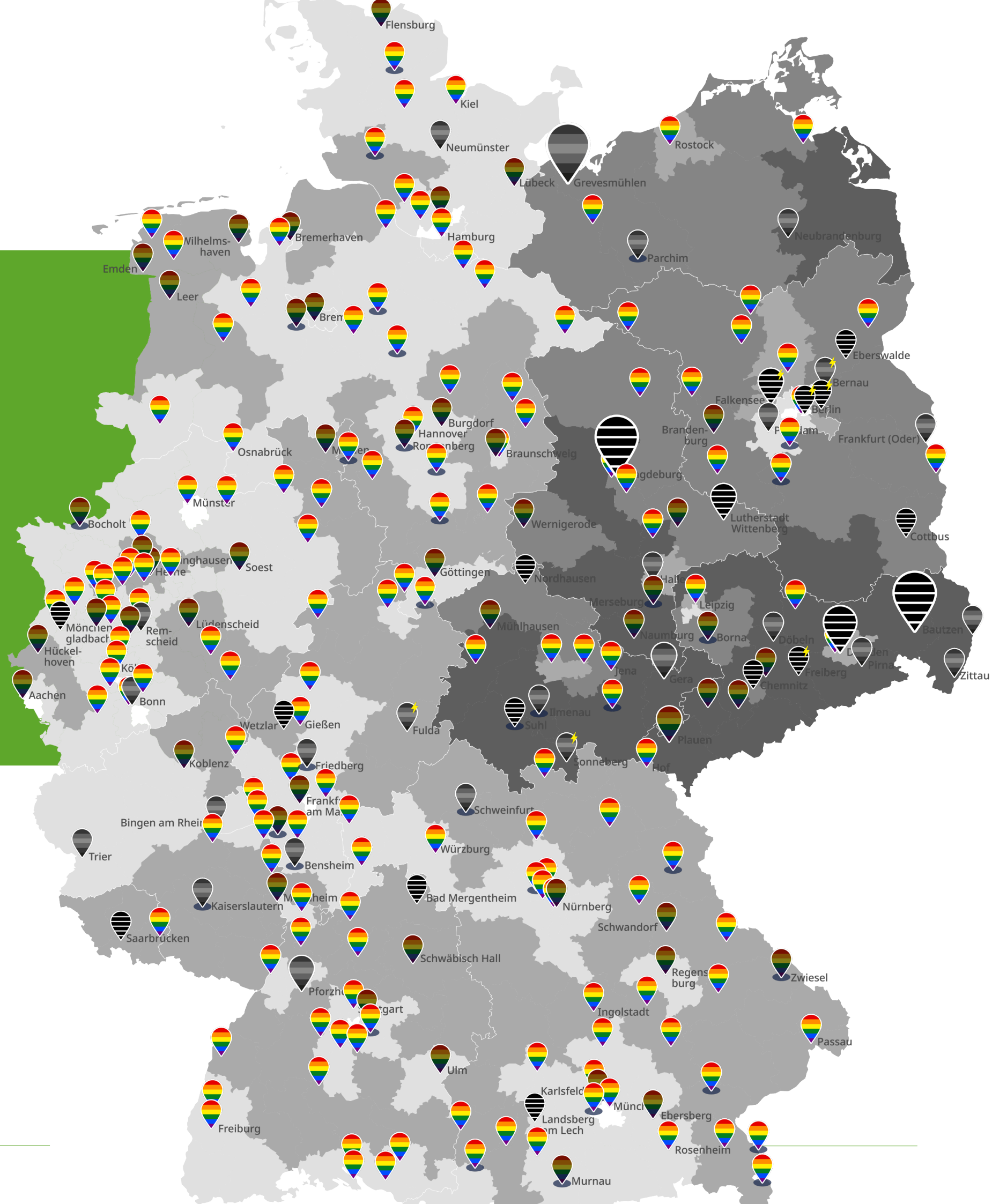
Weil öffentliche Stellen bislang zu oft zu spät oder gar nicht reagierten, haben die Amadeu Antonio Stiftung und Campact mit dem Regenbogenschutzfonds 2025 über 50 CSDs mit insgesamt 100.000 Euro für Sicherheitsmaßnahmen unterstützt – von Schutzausrüstung über Awareness-Teams bis hin zu professionellen Sicherheitsdiensten. Damit haben wir und tausende Spender*innen eine Verantwortung übernommen, die eigentlich der Staat tragen müsste. Diese Solidarität ist ein starkes Zeichen – doch sie sollte staatliche Schutzpflichten nicht ersetzen!

Angriffe auf CSDs 2025



Kernbotschaften:

- Von den 245 geplanten CSDs in 2025 wurden mindestens 110 CSDs gestört.
- Die Störungen und Angriffe gehen teilweise auf rechts-extreme, organisierte Strukturen, wie beispielsweise Parteien und rechtsextreme Jugendgruppierungen zurück (53 CSDs wurden so gestört). Davon wurden 43 CSDs durch Gegendemonstrationen gestört.
- Bei 59 CSDs wurden Störungen und Angriffe ohne bekannten organisierten Hintergrund dokumentiert.
- Die meisten Angriffe finden während der CSDs statt, einige in Form von Mobilisierung auch davor.



Analyse

Die Angriffe auf CSDs finden bundesweit statt – sowohl in großen Städten als auch in kleinen Ortschaften. Dennoch werden CSDs in Ostdeutschland häufiger gestört: Etwa zwei Drittel der 62 in ostdeutschen Bundesländern stattgefundenen CSDs wurden gestört; in Westdeutschland wurden 37% gestört.

Obwohl kontinuierlich gegen CSDs mobilisiert wird, lässt sich in der Mobilisierung ein Fokus auf zunächst Bautzen und später Magdeburg erkennen. Bereits in 2024 erreichten queerfeindliche Demonstrationen in Bautzen ihren Höhepunkt. Aufgrund der verstärkten rechtsextremen Mobilisierung fand in Bautzen mit etwa 680 Teilnehmenden die größte Demonstration gegen einen CSD statt. Auch in diesem Jahr standen die etwa 3.400 CSD-Unterstützer*innen ungefähr 450 Teilnehmenden der rechtsextremen Gegendemonstration gegenüber. Bei der rechtsextremen Gegenmobilisierung lässt sich eine immer weitreichendere Koordination und Professionalisierung beobachten. So wurden zum Beispiel bei mehreren rechtsextremen Gegendemonstrationen nicht nur die gleichen Slogans, sondern auch einheitliche Share Pics für die Mobilisierung genutzt. Während im letzten Jahr noch vermehrt das Selbstbestimmungsgesetz als Anlass für transfeindliche Mobilisierung genutzt wurde, fokussierte sich in diesem Jahr die Mobilisierung auf bekannte rechtsextreme Narrative wie die vermeintliche Rückbesinnung auf traditionelle Werte, symbolisiert durch Stichworte wie Heimat, Familie und Nation. Dabei wird die „traditionelle“ Familie als Kern der Gesellschaft stilisiert, welche durch CSDs vermeintlich bedroht sei. Außerdem wird mit bekannten rechtsextremen Musiker*innen für die Proteste geworben. Während der

Proteste werden neben queerfeindlichen Parolen auch rechtsextreme Forderungen, beispielsweise nach „Remigration“, skandiert.

„Remigration“

ist ein rechtsextremer Kampfbegriff. Er wird von Rechtsextremen verwendet, um die Forderung nach der massenhaften Rückführung oder Vertreibung von Menschen mit Migrationsgeschichte, oft auch deutscher Staatsbürger*innen, zu verschleiern. Der Begriff klingt technisch und nüchtern, soll aber ein extrem menschenfeindliches Programm beschönigen: die ethnisch definierte „Säuberung“ einer Gesellschaft.

Die Angriffe auf CSDs richten sich auch konkret gegen einzelne Personen, sind aber übergeordnet als Angriffe auf alle queeren Menschen zu verstehen. Sie sollen eine diffuse Bedrohungslage erzeugen und Angst machen, die weit über die CSD-Teilnehmenden hinausreicht. Dennoch haben sie besonders auf Teilnehmende und Organisierende von CSDs großen Einfluss. Mehrere CSDs, beispielsweise in Gelsenkirchen, mussten aufgrund der verstärkten Bedrohungslage entweder umorganisiert oder sogar abgesagt werden, da die Sicherheit der Teilnehmenden und Organisierenden nicht gewährleistet werden konnte.

Diese Bedrohungslage hat die Agentur für Aufklärung und Demokratie (AfAuD) zum Anlass genommen, das Sicherheits- und Ermächtigungsempfinden bei Pride-Events in Sachsen im Erhebungszeitraum vom 31.05.2025 bis 12.10.2025 zu untersuchen. Dabei wurde herausgefunden, dass vor allem das Verhalten von

Sicherheitsbehörden maßgeblich Einfluss auf das Sicherheitsgefühl von CSD-Teilnehmenden ausübt. So geben bei einer Umfrage CSD-Teilnehmende häufiger an, sich nicht sicher zu fühlen, wenn die Gegenproteste und die CSDs nicht deutlich durch Einsatzkräfte räumlich getrennt werden. Etwa ein Drittel der Befragten gibt außerdem an, mindestens eine Person zu kennen, die aus Sicherheitsgründen nicht (mehr) an CSD-Veranstaltungen teilnimmt. Das Sicherheitsempfinden der CSD-Teilnehmenden hat also direkte Folgen für die Sichtbarkeit queerer Personen. Die bereits im letzten Jahr verstärkte, rechtsextreme Mobilisierung gegen CSDs und die Berichterstattung über ebendiese Mobilisierung zeigt Wirkung und mehr Menschen bleiben unsichtbar.

Die Ergebnisse der Umfrage werden im März 2026 durch die Agentur für Aufklärung und Demokratie in Zusammenarbeit mit dem Kulturbüro Sachsen e.V., der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen e.V. und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. veröffentlicht.

Queerfeindlichkeit als strategischer Hebel von Rechtsextremen

Antifeministische und transfeindliche Einstellungen sind laut der Leipziger Autoritarismusstudie (2024) vor allem in Ostdeutschland auf hohem Niveau, besonders Transpersonen stellen in rechtsextremen Parteien ein zentrales Feindbild dar. Die drastische Zunahme gewaltbereiter Störungen von CSDs durch Rechtsextreme ist also eine Folge von antifeministischem Agenda-Setting durch rechtsextreme Parteien.

Queerfeindlichkeit – und das schließt Transfeindlichkeit mit ein – steht für die Ablehnung von gesellschaftlichem Wandel, Fortschritt und Gleichstellungspolitiken und dient Rechtsextremen als strategischer Hebel, um Diskurse in Politik und Gesellschaft immer weiter in ihre Richtung zu verschieben und gleichstellungspolitische Errungenschaften zu gefährden. Da Queerness als Gegenentwurf zu rechtsextremen und völkischen Vorstellungen von einer „natürlichen zweigeschlechtlichen Ordnung“ gesehen werden kann, die Rechtsextreme „verteidigen“ wollen, werden LGBTQI+ Personen und insbesondere queere und Transpersonen strukturell von ihnen angegriffen. Orchestrierte Hetzkampagnen und queerfeindliche Narrative von der AfD und konservativen Akteur*innen dienen bei Gewalt und Angriffen gegen eben diese oft als „Legitimation“ und haben somit eine brandstiftende Funktion. Es lassen sich eindeutige Mobilisierungsfelder der AfD im Wahlkampf als auch im Vorfeld der rechtsextremen Partei erkennen: Transfeindliche Hetze in Bezug auf Selbstbestimmungsgesetz zum einen, wobei primär eine Instrumentalisierung von Frauenschutzräumen stattfindet und die Instrumentalisierung von Kindern, wenn es um Aufklärung, Vielfalt und Selbstbestimmung geht.

„WIR DÜRFEN DEN RECHTEN NICHT DEN ÖFFENTLICHEN RAUM ÜBERLASSEN.“

Perspektiven aus der Queeren Community: Interview mit einer Person, die sich in Thüringen für queere Menschen einsetzt

Seit 2008 engagiert sich die Person in Thüringen als „queere Interessensvertretung von queeren Menschen für queere Menschen“. In einem strukturschwachen, eher ländlichen geprägten Bundesland, sei es eine Herausforderung, aktivistisch tätig zu werden.

Angriffe auf CSDs sind nicht neu. Schon früher habe beispielsweise der III. Weg auf dem CSD in Erfurt Gegendemonstrationen veranstaltet, um zu stören. Auch aktuell, finden viele rechtsextreme Diffamierungsversuche bei zahlreichen CSDs in Thüringen statt:

Ein ganz krasser Fall ereignete sich vor einigen Jahren in Gotha. Da durften sie [rechtsextreme Gegendemonstrant*innen] in unmittelbarer Nähe ohne räumliche Trennung zum Straßenfest ihre Gegenkundgebung abhalten und die Versammlungsbehörde hat es nicht für nötig gehalten, eine Trennung herzustellen.

Welche Auswirkungen hat das auf das Sicherheitsgefühl von CSDs in Thüringen?

In Städten wie Jena, Weimar oder Erfurt fühle ich mich auf den CSDs meist sicherer. Das mag einerseits an den großen Teilnehmendenzahlen liegen, die ein Stück weit auch Anonymität schaffen, andererseits aber auch daran, dass diese Veranstaltungen dort schon häufiger stattgefunden haben und dadurch eine gewisse Routine und Erfahrung vorhanden ist. Besonders schön finde ich, dass es mittlerweile so viele CSDs in Thüringen gibt. Sie sorgen für enorme Sichtbarkeit und machen deutlich, dass queere Menschen nicht nur in Großstädten leben. Auch im ländlichen Raum gibt es Bedürfnisse, Wünsche und Forderungen, die durch diese Veranstaltungen Gehör finden.

Für die neu entstandenen CSDs liegt dabei eine besondere Herausforderung in der Auseinandersetzung mit dem Thema Sicherheit. Oft überwiegen zunächst Euphorie und Engagement für die Planung, während Erfahrungswerte zur Sicherheitsorganisation fehlen. Hinzu kommt, dass Ressourcen

sowohl zeitlich und ehrenamtlich als auch finanziell knapp sind, was die Beschäftigung mit Sicherheitsfragen erschwert.

Unverständlich ist für mich zudem, dass von Seiten der Sicherheitsbehörden häufig kein ausreichender Schutz gewährleistet wird. Viel zu oft sind zu wenige Sicherheitskräfte vor Ort. Meine Sorge ist, dass die Gefahr unterschätzt wird, weil es in Thüringen bislang noch zu keinem körperlichen Angriff in direktem Zusammenhang mit einem CSD gekommen ist. Dadurch entsteht der Eindruck, als würden die Behörden den Ernst der Lage nicht wirklich wahrnehmen.

Welche Empfehlungen und Sicherheitsvorkehrungen trifft ihr?

Wir geben schon seit vielen Jahren Reiseempfehlungen zu den CSDs heraus. Auch in ruhigeren Zeiten haben wir das getan, denn es ist einfach sinnvoll und erleichtert zusätzlich die Planung, wenn Menschen gemeinsam anreisen. Neu ist, dass wir inzwischen konkrete Hinweise zur sicheren Teilnahme aufnehmen. Dazu gehört zum Beispiel, nicht alleine zu fahren, die An- und Abreise im Voraus zu planen und sich Gedanken darüber zu machen, ob man im öffentlichen Raum fotografiert werden möchte. Gerade dieser letzte Punkt war früher für mich undenkbar – heute raten wir dazu, sich bewusst zu überlegen, welche Sichtbarkeit man für sich selbst möchte und das in die Entscheidung zur Teilnahme einzubeziehen.

Gibt es erkennbare Veränderungen der Angriffe und Störungsversuche durch Rechtsextreme?

Ich beobachte, dass rechtsextreme Angriffe auf queere Räume zunehmend strukturierter und professioneller werden. Meiner Einschätzung nach hängt das mit dem allgemeinen Rechtsruck zusammen. Äußerungen und Handlungen gegenüber queeren Menschen, die früher gesellschaftlich nicht akzeptiert gewesen wären, erscheinen heute für viele sagbarer. Das zeigt deutlich, dass sich die Grenzen des öffentlich Sagbaren verschoben haben – etwas, das ich auch im Umfeld von Wahlen immer wieder wahrnehme.

Hat diese Verschiebung Auswirkungen auf dein Engagement?

Wenn ich auf CSDs bin – besonders dort, wo sie zum ersten Mal stattfinden oder im ländlichen Raum – nehme ich mir oft ein neutrales Wechselshirt mit. Der Grund ist, dass ich mir manchmal Sorgen mache, ob ich nach der Veranstaltung beispielsweise noch sicher ein Getränk holen kann.

Ich kenne auch Beispiele, etwa vom Trans Day of Remembrance. Dort haben mir Trans-Aktivist*innen erzählt, dass sie sich nicht zu Präsenz-Planungstreffen trauen, weil sie Angst haben, sichtbar durch die Stadt zu laufen. Diese Unsicherheit lähmt natürlich auch das Engagement: Wenn Menschen es vermeiden müssen, sich in der Öffentlichkeit zu zeigen, können sie ihre Perspektiven in kollektive Prozesse kaum einbringen.

Ein sehr drastisches Beispiel war der CSD in Altenburg, wo es gegen die Organisierenden konkrete Morddrohungen gab. Das führt dazu, dass viele sich genau überlegen, ob sie Verantwortung für einen CSD oder ein queeres Projekt übernehmen. Manche entscheiden sich dagegen, weil der Eigenschutz für sie Vorrang hat. Gleichzeitig bedeutet das aber auch, dass rechtsextreme Strategien aufgehen: Sie schüchtern Menschen so sehr ein, dass diese sich nicht mehr öffentlich äußern oder engagieren. Für andere queere Personen bedeutet das wiederum, dass es noch weniger positive Sichtbarkeit gibt – und so verstärken sich Prozesse von Marginalisierung und Vereinzelung.

Ein bestärkendes Wort zum Abschluss?

Wir dürfen den Rechtsextremen nicht den öffentlichen Raum überlassen. Unser Ziel ist es, für Sichtbarkeit einzutreten und Solidarität untereinander zu stärken. Bei allem Negativen, das wir erleben, entsteht gleichzeitig eine wichtige Politisierung. Gerade in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Strömungen haben die CSDs deutlich an Haltung gewonnen – besonders im ländlichen Raum. Dort entwickeln sich neue Kooperationen, zum Beispiel mit Bürgerbündnissen gegen Rechts, mit Omas gegen Rechts, mit kirchlichen Trägern wie den Diakonien oder auch mit Umweltorganisationen. Das sind für mich bestärkende Momente, die zeigen, dass Widerstand und Zusammenhalt wachsen.

Umgangsstrategien und Schutzmaßnahmen

Gute Vorbereitung und lokale Vernetzung

Eine erfolgreiche Präventionsarbeit beginnt mit einer sorgfältigen Planung. Dabei ist es entscheidend, lokales Wissen einzubeziehen: Welche Ansprechstellen gibt es vor Ort? Wie funktionieren die Kommunikations- und Behördenwege? Wer kann bei Problemen kurzfristig unterstützen? Wenn gewünscht, können auch Vertreter*innen der Lokalpolitik oder Mandatsträger*innen eingebunden werden. Ihre Präsenz verleiht Veranstaltungen zusätzliche Rückendeckung und Sichtbarkeit.

Gefährdungseinschätzung als Basis

Ein zentrales Element jeder Planung ist die Gefährdungseinschätzung und zwar nicht nur für die eigentliche Veranstaltung, sondern auch für An- und Abreisewege der Teilnehmenden. Auf dieser Grundlage können Sicherheitskonzepte entwickelt werden, die konkrete Maßnahmen vorsehen. Unterstützung von außen kann hier wertvoll sein: Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus sowie weitere Beratungsstellen vor Ort bieten wichtige Expertise. Ergänzend sollten juristische Fragen und mögliche finanzielle Unterstützungsangebote, etwa durch Förderprogramme, frühzeitig geklärt werden.

Konkrete Notfallpläne

Ein belastbares Sicherheitskonzept enthält klare Regelungen für den Umgang mit Störungen und Angriffen. Das umfasst nicht nur mögliche verbale oder körperliche Übergriffe, sondern auch gezielte Wortergreifungsstrategien oder Bedrohungen durch rechtsextreme Akteur*innen, beispielsweise durch sogenanntes „Livestreaming“ vor Ort. Präzise Handlungspläne geben Sicherheit im Ernstfall und erleichtern es dem Orga-Team, schnell und konsequent reagieren zu können.

Rollen, Zuständigkeiten und Kommunikation

Klarheit im Team ist ein entscheidender Faktor für Sicherheit. Dazu gehören eindeutige Rollen und Zuständigkeiten innerhalb des Orga- und Ordner*innenteams. Ebenso wichtig ist ein abgestimmtes Kommunikationskonzept: Wer informiert wen, intern im Team, nach außen an die Teilnehmenden und an die zuständigen Behörden? Transparente Absprachen und verlässliche Informationswege tragen wesentlich dazu bei, Unsicherheiten zu vermeiden.

Zusammenarbeit und Unterstützung nutzen

Viele Sicherheitskonzepte lassen sich durch bestehende Förderprogramme, etwa den Regenbogenschutzfonds, finanziell unterfüttern. Wichtige Partner sind Polizei, kommunale Stellen sowie Strukturen der Zivilgesellschaft. Darüber hinaus sollten solidarische Handlungsformen etabliert werden: Meldestrukturen aufbauen, Vorfälle dokumentieren und zur Anzeige bringen, Kooperationen mit Polizei und Justiz suchen und Unterstützung gezielt organisieren.

Nachsorge und psychosoziale Unterstützung

Auch die Zeit nach einer Veranstaltung darf nicht aus dem Blick geraten. Angehörigen- und Nachsorgeangebote sind wichtig, um psychosoziale Unterstützung für Betroffene zu sichern und Vereinzelung vorzubeugen. Beratung und Hilfsangebote – beispielsweise über die kommunalen Mobilen Beratungsstellen (MBR) – helfen dabei, passende Unterstützung bereitzustellen. Im „Sicherheitsreport“ können weitere Beratungsangebote nachgeschlagen werden.

Sicherheitslektionen aus dem Regenbogenschutzfonds

Erstanläufe kleiner/mittlerer CSDs

- Sicherheitslücken bei An-/Abreise
- Ordner*innen-Schulung/ Backchannel-Communication
- Social Media Monitoring und schnelle Gegennarrative
- Koordination mit Polizei
- stärkere Zusammenarbeit der Landespolizeien mit den Bundespolizeien an Bahnhöfen für sichere An- und Abreisen

Was wir von der Einsatzplanung brauchen:

Das Verhalten von Sicherheitskräften ist entscheidend für das Sicherheitsgefühl der CSD-Teilnehmenden. Um die Eskalationsrisiken zu senken, braucht ein sicherer CSD von den Sicherheitskräften:

- eine räumliche Trennung zwischen CSD und Gegenprotesten
- eine geschützte An- und Abreise
- Deeskalationsteams
- schnelles Einschreiten bei Wortergreifungsstrategien und Livestreaming
- eine belastbare Kommunikationskette zwischen CSD-Organisierenden und Sicherheitskräften

Hilfsangebote und Unterstützungsstrukturen

Amadeu Antonio Stiftung

Ziel der Amadeu Antonio Stiftung ist die Stärkung einer demokratischen Zivilgesellschaft, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antifeminismus und Antisemitismus wendet.

amadeu-antonio-stiftung.de

Kompetenzzentrum Rechtsextremismus und Demokratieschutz

Das Kompetenzzentrum Rechtsextremismus und Demokratieschutz entwickelt Strategien zur Stärkung der Demokratie und zum wirksamen Umgang mit rechtsextremen Bedrohungen.

amadeu-antonio-stiftung.de/projekte/kompetenzzentrum-rechtsextremismus

Kooperationsverbund Rechtsextremismusprävention

Der Verbund aus sechs Trägern deckt die Vernetzung in Zivilgesellschaft, Kirche, Schule/ Jugendarbeit, Wirtschaft, Justiz und Familie ab. Wir unterstützen durch Vernetzung, Professionalisierung, Qualifikation und Beratung für Vielfalt und wehrhafte Demokratie.

komplex.de

Sicherheitssprechstunde

Mit den monatlichen Online-Sicherheitssprechstunden reagieren wir auf den in den letzten Monaten stark gestiegenen Bedarf nach Beratung und Austausch zu Schutz der Zivilgesellschaft.

amadeu-antonio-stiftung.de/projekte/kompetenzzentrum-rechtsextremismus

Projektförderung

Die Amadeu Antonio Stiftung fördert bundesweit zivilgesellschaftliche Initiativen, die rechtsextremen Tendenzen entschieden entgegenreten.

amadeu-antonio-stiftung.de/projektfoerderung

ZAFFA

Zentrale Anlaufstelle und Fachberatung bei organisierter Frauenfeindlichkeit und Antifeminismus (ZAFFA) ist ein Projekt von Lola für Demokratie e.V. und bietet Fachberatung und Qualifizierung, u.a. zum Umgang mit antifeministischen Angriffen und deren Prävention sowie zu Sicherheit und Schutzkonzepten, für frauen- und gleichstellungspolitisch Aktive und zivilgesellschaftliche Akteur*innen.

lola-fuer-demokratie.de/startseite/beratung

Antifeminismus sichtbar machen

Als bundesweite Meldestelle dokumentieren wir antifeministische Vorfälle. Mit Ihrer Hilfe machen wir antifeministische Zustände sichtbar und setzen uns für Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung ein.

antifeminismus-melden.de

Juristische Beratung

Beratung und Unterstützung in Sachen Rechtsschutz finden Sie bei FragdenStaat und Gegenrechtsschutz.

fragdenstaat.de gegenrechtsschutz.de

Umgang mit Hatespeech und digitaler Gewalt

HateAid bietet Beratung, rechtliche Unterstützung und Strategien im Umgang mit digitaler Gewalt.

hateaid.org/ratgeber

CeMAS

Durch systematisches Online-Monitoring und moderne Studiendesigns analysiert CeMAS aktuelle Entwicklungen, um daraus innovative Strategien abzuleiten.

cemas.io

Fachstelle gegen Antifeminismus und Queerfeindlichkeit in Baden-Württemberg

lago-bw.de

Weitere Unterstützungsstrukturen

DaMigra

Dachverband der Migrantinnenorganisationen mit Liste der Mitgliedsorganisationen

damigra.de

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus

Es gibt rund 50 Mobile Beratungsteams bundesweit, die zum Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und Verschwörungserzählungen beraten.

bundesverband-mobile-beratung.de

DaMOst

Dachverband der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland

damost.de

Betroffenenberatung

Die im Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) zusammengeschlossenen Fachberatungsstellen sorgen dafür, dass die Betroffenen und Angegriffenen nicht allein bleiben. Der VBRG hilft Ihnen, Ansprechpartner*innen vor Ort zu finden:

verband-brg.de

CSD Deutschland e.V.

Dachverband aller deutschen Christopher Street Day-Organisierenden Vereine, Initiativen und Projekte

csd-deutschland.de

LSVD+

Verband Queere Vielfalt

lsvd.de

RIAS

Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V.

report-antisemitism.de/bundesverband-rias

BAG Gleichstellung

Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen

gleichberechtigt.org

BVT*

Bundesverband Trans*

bundesverband-trans.de

Bundesverband Queere Bildung e.V.

queere-bildung.de

dgti

Deutsche Gesellschaft für Trans*- und Inter*geschlechtlichkeit e.V.

dgti.org

Hydra

Treffpunkt & Beratungsstelle zu Sexarbeit und Prostitution

hydra-berlin.de

Civic.net

Aktiv gegen Hass im Netz

amadeu-antonio-stiftung.de/projekte/civic-net-aktiv-gegen-hass-im-netz

Weitere Analysen von rechtsextremer Mobilisierung gegen CSDs

NSU Watch (2025):

„Nie wieder still gegen Queerfeindlichkeit. Ein Zwischenfazit zu Nazimobilisierungen, Störungen und Solidarität in der Pride-Season 2025 von AK Fe.In“

nsu-watch.info/2025/08/nie-wieder-still-gegen-queerfeindlichkeit-ein-zwischenfazit-von-ak-fe-in

CeMAS (2024):

„Eine neue Generation von Neonazis. Mobilisierungen gegen CSD-Veranstaltungen im Jahr 2024 durch rechtsextreme Jugendgruppen im Internet“

cemas.io/publikationen/neue-generation-neonazis-mobilisierung-gegen-csd-veranstaltungen/

CeMAS (2025):

„Rechtsextreme Mobilisierung gegen CSDs:

Eine Recherche von CeMAS und democ“

cemas.io/blog/rechtsextreme-mobilisierung-gegen-csds-2025/

Bundesverband Trans*; Amadeu Antonio Stiftung (2024):

„Was bringt Trans*feindlichkeit rechtsextremen Akteur*innen?“

bundesverband-trans.de/wp-content/uploads/2025/05/Transfeindlichkeit-und-rechtsextreme-Akteur_innen_web.pdf.pdf

Die Amadeu Antonio Stiftung ordnet die AfD als rechtsextrem ein – und warum der Verfassungsschutz zögert

Die Amadeu Antonio Stiftung stuft die AfD als rechtsextreme Partei ein. Sie hetzt gegen Minderheiten, relativiert den Nationalsozialismus, verbreitet völkisch-autoritäre Weltbilder und arbeitet gezielt an der Delegitimierung der Demokratie. Ihr Ziel ist nicht Reform, sondern die Aushöhlung der freiheitlichen Ordnung zugunsten eines ethnisch definierten, autoritären Staates.

Auch der Verfassungsschutz teilt diese Analyse im Kern: Nach jahrelanger Beobachtung liegt ein Gutachten vor, das die AfD als „gesichert rechtsextremistische

Bestrebung“ bewertet. Öffentlich bleibt sie aber vorerst ein „Verdachtsfall“.

Der Grund ist juristisch, nicht inhaltlich: Die AfD hat Klage gegen die Einstufung eingereicht, und der Verfassungsschutz hat bis zur gerichtlichen Klärung eine Stillhaltezusage abgegeben. Zudem gelten in Wahljahren besondere Zurückhaltungspflichten, um den Anschein politischer Einflussnahme zu vermeiden.

Politikwissenschaftlich ist die Lage klar: Die AfD hat sich vom rechtspopulistischen Protestprojekt zu einer *rechtsextremen, autoritären Partei entwickelt* – unabhängig davon, wann das Urteil des Verfassungsschutzes offiziell veröffentlicht wird.

GEMEINSAM GEGEN RECHTSEXTREMISMUS!

Unser Ziel ist eine Welt ohne Hass, Hetze und Ausgrenzung – eine Welt, in der alle Menschen sicher und gleichberechtigt leben können. Daher setzt sich die Amadeu Antonio Stiftung seit ihrer Gründung für Demokratie ein. Gegen Antisemitismus, Rechtsextremismus, Rassismus und andere Formen von Diskriminierung und Gewalt. Denn Hass und Hetze brauchen Gegenwind.

Weil die Gleichwertigkeit aller Menschen zwar im Grundgesetz festgeschrieben ist, ihre tatsächliche Umsetzung aber immer wieder erwirkt werden muss, arbeitet die Amadeu Antonio Stiftung ihrem Ziel mit vielfältigen Methoden und auf unterschiedlichen Ebenen entgegen.

Die Amadeu Antonio Stiftung

...unterstützt Betroffene antisemitischer, rassistischer und rechter Gewalt – etwa mit dem Opferfonds CURA. Außerdem engagiert sich die Amadeu Antonio Stiftung dafür, dass die Perspektiven von Betroffenen oben auf der Agenda bleiben – ob auf der Straße oder im Bundestag.

...fördert bundesweit Projekte, die sich für eine demokratische Zivilgesellschaft stark machen. Besonders im ländlichen Raum.

...forscht und **monitort** zu den Themen Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rassismus. Fachwissen, das in Studien, Publikationen und Beratung, aber auch in konkrete Forderungen an die Politik einfließt.

und sorgt dafür, dass diese Themen in der Öffentlichkeit bleiben: durch Pressearbeit, Social Media oder Artikel auf Belltower.News, der journalistischen Plattform der Amadeu Antonio Stiftung. Aber auch durch pädagogische Arbeit und (Fort-) Bildung für Multiplikator*innen.

Ihr Beitrag

Damit wir diese Arbeit machen können, sind wir auf Spenden angewiesen. Jede einzelne Spende sichert die Zukunft und Unabhängigkeit der Amadeu Antonio Stiftung. Damit wir uns weiterhin gegen Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rassismus engagieren können. Gemeinsam. Seien Sie dabei.

Die Stiftung kontaktieren

Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstraße 12
10115 Berlin

Telefon: 030 240 886 10
info@amadeu-antonio-stiftung.de
amadeu-antonio-stiftung.de

Der Stiftung spenden

GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00
SWIFT-BIC: GENODEM1GLS



amadeu-antonio-stiftung.de/spenden-und-stiften/

Bitte geben Sie bei der Überweisung eine Adresse an, damit wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zuschicken können.

Der Stiftung folgen

✂ [AmadeuAntonio](#)
f [AmadeuAntonioStiftung](#)
@ [amadeuantoniofoundation](#)
d [amadeuantonioستiftung](#)
▶ [AmadeuAntonioStiftung](#)
in [amadeu-antonio-stiftung](#)